

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die Notwendigkeit, den ökologischen Kollaps zu verhindern, unterstreicht **Monika Griefahn**: Zeit für Innovationen.

Seite 1

Dokumentation:

Forderungen an eine Gemeindefinanzreform hat die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik erarbeitet. Wortlaut des Programms

Seite 4

49. Jahrgang / 190

4. Oktober 1994

Zeit für Innovationen

Wir müssen den ökologischen Kollaps verhindern

Von **Monika Griefahn**

Niedersächsische Umweltministerin

In einer Regierung **Rudolf Scharping** als Ministerin für
Umweltpolitik nominiert

Wir sind an den Grenzen unseres Wachstums angelangt. Wir haben Jahrzehnte lang auf Kosten der Natur und der Dritte-Welt-Länder gewirtschaftet und müssen jetzt erkennen, daß beides nicht mehr geht.

In den westlichen Industrienationen leben derzeit rund 20 Prozent der Weltbevölkerung. Der Anteil dieser Länder am Energieverbrauch beträgt 20 Prozent. Das gleiche Verhältnis haben wir beim klimazerstörenden CO₂-Ausstoß. Im Klartext: Mit unserem gigantischen Ressourcenverbrauch ruinieren wir nicht nur die Umwelt, sondern nehmen anderen auch die Chance zur Entwicklung.

Und in vielen Bereichen ist das Ungleichgewicht noch viel krasser: In Deutschland kommen zum Beispiel auf 1.000 Menschen jährlich 100 Tonnen Sondermüll. In einem Entwicklungsland wie den Philippinen entfallen dagegen auf 1.000 Einwohner gerade mal zwei Tonnen Sondermüll.

Würden die Länder der sogenannten Dritten Welt unser Wohlstandsmodell kopieren, wäre der ökologische Kollaps unausweichlich. Denn schon jetzt sind die ökologischen Schäden unseres rohstoffessenden Wirtschaftssystems enorm:

Riesige Wälder werden abgeholzt, Meere werden leergefischt und weite, ehemals fruchtbare Landstriche veröden nach zu intensiver Nutzung. Zugleich vergiften unzählige Abgase und Abwasser weltweit Luft, Wasser und Böden.

Auch wenn wir bisher nur ein leises Knacken hören, wir sägen bereits kräftig an dem Ast, auf dem wir sitzen. Diese Entwicklung können und dürfen wir nicht länger akzeptieren: Wir müssen umsteuern! Und zwar nicht morgen oder übermorgen, sondern jetzt! Wir müssen sowohl bei der Produktion als auch beim Konsum neue Wege finden. Wege, die die Umwelt schonen und die auch dann noch begehbar bleiben, wenn sie nicht nur von einer privilegierten Minderheit eingeschlagen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichtung Ökopapier
mit maximaler Recyclingrate
Recycling-Papier



Sowohl die Ressourcen als auch die Aufnahmekapazitäten der Erde sind begrenzt. Eine zukunftsfähige Wirtschaftsform muß sich deshalb an der Regenerationsfähigkeit der Natur orientieren. Für uns heißt das:

Wir brauchen endlich eine nachhaltige Entwicklung, eine Entwicklung, die die sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen gleichrangig berücksichtigt!

Zwar hat sich auf der Konferenz von Rio auch die Bundesregierung zu den Grundsätzen des "sustainable development" bekannt, aber beim verbalen Bekenntnis ist es bis heute geblieben. Ein grundlegender Wandel ist in der Bundesrepublik noch nicht einmal ansatzweise zu erkennen. Da mag der Bundesumweltminister auf internationalen Konferenzen und Kongressen noch so wohlklingende Reden halten, spätestens am Kabinetttisch gilt dann doch das Wort der Kollegen Kohl, Waigel und Rexrodt, deren wirtschafts- und finanzpolitischen Künste nicht nur unsere natürlichen Lebensgrundlagen ruinieren, sondern uns auch noch ein Rekordniveau an Schulden, Arbeitslosigkeit und Insolvenzen hinterlassen haben.

Auch wenn es Erhardts selbst ernannte Erben nicht wahrhaben wollen, mit den Rezepten der 50er Jahre werden wir die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend nicht bestehen. Was wir jetzt brauchen ist eine umfassende ökologische Erneuerung unserer Volkswirtschaft. Umweltpolitik muß und wird unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zur vordringlichen Querschnittsaufgabe werden.

Moderne Umweltpolitik muß sich einmischen. Je früher desto besser. Sie darf sich nicht länger darauf beschränken, Müll wegzuräumen oder die Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser punktuell und graduell zu verringern; sie muß darauf abzielen, Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln, in die der Gedanke der Umweltverträglichkeit gleichsam integriert ist.

Wir brauchen zukunftsfähige, langlebige Produkte, Waren, deren Herstellung möglichst wenig Energie erfordert, die zur Müllvermeidung beitragen und die keine Schadstoffe hinterlassen. Auf der Tagesordnung stehen Kunststoffe, die biologisch abbaubar sind, ressourcensparende Produkte, wie das Dreiliterauto, und Gebrauchsgegenstände wie Fernseher oder Waschmaschinen, die leicht demontierbar sind und deren Einzelteile überwiegend wieder verwendet werden können. Solche Produkte schonen nicht nur unsere Umwelt, sondern sichern auch die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Wer heute in die Entwicklung dieser Technologien investiert, wird auf den Märkten von morgen die Nase vorn haben.

Japan beispielsweise hat das, auch schon längst erkannt. Dort fördert die Regierung bereits seit einiger Zeit in enger Kooperation mit der Wirtschaft die Entwicklung umweltverträglicher, international konkurrenzfähiger Produkte.

Dagegen ist die Bundesregierung offenkundig unfähig, die strategische Bedeutung einer solchen ökologischen Erneuerung zu begreifen. Für sie ist Umweltschutz ausschließlich Kostenfaktor, ein Luxus, den man sich nur leisten kann, wenn die Wirtschaft boomt. Natürlich ist dieser Ansatz längst überholt. Aber von einer Regierung für die das gleiche gilt, kann man wohl auch nichts Anderes erwarten.

Die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist das erklärte Ziel der SPD. In unserem Regierungsprogramm haben wir dazu eine ganze Reihe konkreter Reformvorhaben entwickelt. Neben der ökologischen Steuerreform, ist dabei vor allem die ökologische Stoffwirtschaft von zentraler Bedeutung. Dahinter steckt der Gedanke, daß eine moderne ökologische Wirtschaft sich am Prinzip des Kreislaufs orientieren muß. Wir brauchen zukunftsfähige intelligente Produkte, deren Ausgangsstoffe in technische oder biologische Kreisläufe zurückgeführt werden können.

Verbrauchsprodukte wie Waschmittel müssen künftig vollständig biologisch abbaubar sein. Gebrauchsgüter wie Autos oder Radios müssen nach Ablauf der Nutzung weitgehend zerlegt und wiederverwertet werden.

Wir werden deshalb die Hersteller im Rahmen eines modernen Kreislaufwirtschaftsgesetzes zwingend zur Rücknahme ihrer Waren verpflichtet. Denn erst wenn die Industrie unmittelbar für den Verbleib ihrer Produkte nach Nutzung durch den Kunden verantwortlich ist, wird sie auch Produktdesigns entwickeln, die soweit wie möglich auf wiederverwendbaren Einzelteilen und Materialien beruhen und nicht auf Downrecycling oder Entsorgung.

Wie so etwas konkret aussehen kann, hat vor kurzem ein deutsches Unternehmen aus der Elektronikbranche bereits demonstriert: Die Ingenieure der Firma (Loewe Opta) haben einen Fernseher entwickelt, der anstelle der bisher üblichen über 4.000 verschiedenen Chemikalien nur noch drei Grundstoffe enthält. Das Gerät ist leicht demontierbar und kann weitestgehend wieder verwendet werden. Das spart zum einen erhebliche Mengen an Rohstoffen und Energie und verringert auf der anderen Seite das Abfallaufkommen. Solche Produkte sind zukunftsfähig. Sie sind nicht nur umweltverträglich, sondern leisten auch noch einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Töpfers Ansatz, die Hersteller von der Rücknahmepflicht zu befreien, führt dagegen in die falsche Richtung. Das beste Beispiel für diese verfehltete Politik liefert die Verpackungsverordnung. Den Herstellern kann im Prinzip völlig egal sein, was aus den Verpackungen wird, weil sich darum ja nun sogenannte Entsorgungsbetriebe im Rahmen des DSD kümmern müssen.

Das Ende vom Lied: Sofern die Abfälle nicht verbrannt oder ins Ausland verschoben werden, künden sie als Parkbänke, Lärmschutzwände oder Blumenkübel von der umweltpolitischen Einfallslosigkeit des Bundesumweltministers. Millionen, die dringend zur Förderung zukunftsfähiger Produkte gebraucht würden, werden so in den Aufbau einer riesigen Entsorgungsindustrie gesteckt, die letztlich einer gigantischen Vernichtungsmaschinerie gleichkommt.

Gegen dieses System setzen wir eine Kreislaufwirtschaft, die diesen Namen durch eine erweiterte Produktverantwortung auch verdient. In einem "Forum Zukunftsfähige Produkte" werden wir dafür gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft die Rahmenbedingungen erarbeiten und gleichzeitig ein Forschungs- und Entwicklungsinstitut für zukunftsfähige Produkte wie zum Beispiel abbaubare umweltverträgliche Kunststoffe einrichten.

Natürlich wird eine solche Neuorientierung nicht von heute auf morgen zu machen sein, - aber ich bin sicher:

Eine umweltverträgliche Produktpolitik ist realisierbar. Sie wird in Ansätzen sogar schon praktiziert:

Einige Hersteller von Fotokopierern verleihen die Geräte nur noch, übernehmen die Wartung und tauschen sie nach Ablauf der Nutzungszeit gegen neue Geräte aus. Das ist nicht nur ökologisch sondern auch ökonomisch sinnvoll weil die Kunden so der einmal gewählten Marke treu bleiben. In den Niederlanden hat ein internationaler Kopiererhersteller (Rank Xerox) ein Recyclingzentrum errichtet, in dem im letzten Jahr 5.000 europaweit eingesammelte Fotokopierer zerlegt und die noch brauchbaren Teile in neue Geräte eingebaut wurden. Demnächst soll durch ein neues Produktdesign die Zahl der verwendeten Kunststoffe von bisher 20 auf nur noch zwei oder drei komplett wiederverwertbaren Materialien reduziert werden.

Ich habe versucht, am Beispiel einer modernen Kreislaufwirtschaft einmal zu illustrieren, wie die ökologische Erneuerung konkret aussehen kann. Für uns kommt es darauf an, die Entlastung der Umwelt mit der Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze zu verbinden. Dieses Prinzip durchzieht deshalb unser gesamtes Reformprogramm. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes der "rote Faden".

Das gilt zum Beispiel für den Energiesektor: Mit einem Investitionsprogramm für regenerative Energiequellen und rationellen Energieeinsatz geben wir der Wirtschaft einen kräftigen Push für die Entwicklung neuerer hochmoderner Technologien. Als Stichworte nenne ich hier nur unser 100.000 Dächer-Programm zur Förderung der Solarenergie und die geplante Modernisierung von konventionellen Kraftwerken durch effiziente Kraft-Wärme-Kopplung. So etwas nutzt der Umwelt. Solche Technologien schaffen tausende neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze.

Ein anderer Reformschwerpunkt ist der Verkehrsbereich. Wenn wir den Autoverkehr reduzieren wollen, müssen wir Alternativen anbieten. Deshalb werden wir umgehend mit dem massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel beginnen. Allein der Neubau von Bahn-Magistralen sichert und schafft zahlreiche Arbeitsplätze im Maschinen- und Anlagenbau sowie in der Stahlindustrie. Zugleich modernisieren wir so die Infrastruktur des Standorts Deutschland. Im Kfz-Sektor werden wir unter anderem durch klare Regelungen zur Senkung des Kraftstoffdurchschnittsverbrauchs dafür sorgen, daß nicht nur die giftigen Emissionen spürbar abnehmen, sondern daß Deutschland bei der Entwicklung von Benzinsparautos weltweit Spitze wird.

Die gegenwärtige Bundesregierung und insbesondere Ihr Umweltminister Töpfer sind zu einer solchen umfassenden Modernisierung Deutschlands nicht mehr in der Lage. Ihnen fehlen sowohl die

notwendigen Visionen als auch die Kraft, diese im Alltag umzusetzen. Noch mal vier Jahre Kohl, noch mal vier Jahre Stillstand, hat dieses Land nicht verdient. Wir brauchen die ökologische Erneuerung. Und wir werden die Weichen dafür stellen, am 16. Oktober.

(-/4. Oktober 1994/hgs/fr)

DOKUMENTATION

Forderungen an eine Gemeindefinanzreform

Ein Programm der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik

Ausgangslage

Die schwierige finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland ist bekannt. Die Hauptursachen dafür in Westdeutschland sind:

- konjunkturelle und strukturelle Schwierigkeiten und Einbrüche der deutschen Wirtschaft
- damit in engstem Zusammenhang stehend explosionsartig steigende Sozialhilfekosten durch die immer größer werdende Zahl der Dauerarbeitslosen. Auch die bis jetzt über die Sozialhilfe zu leistenden Zuschüsse für den Pflegebereich entwickeln sich aufgrund der sich verändernden Alterszusammensetzung der Gesellschaft überproportional
- kommunale Beteiligung an den Kosten der deutschen Einheit
- Lastenüberwälzung auf die Kommunen durch die übergeordneten Gebietskörperschaften (Sozialhilfe, Bahnreform, Straßenbau etc.) ohne finanziellen Ausgleich
- zu hohe Standards und Ausstattungsmerkmale mit hoher Kostenbelastung für die Gemeinden
- prozyklisches Ausgabeverhalten mindestens derjenigen Gemeinden, die in der moderaten Wachstumsphase der zurückliegenden zehn Jahre stetige Zuwächse ihrer Einnahmen hatten.

Bei den ostdeutschen Kommunen sind ähnliche, aber auch zusätzliche Faktoren für die Finanzmisere verantwortlich:

- neue Kommunalverwaltungen mußten erst aufgebaut werden
- die zu geringe Finanzausstattung der unmittelbaren Nachwendejahre hat zur Überlastung der Verwaltungshaushalte geführt
- die vielfältigen und hochdotierten Fördertöpfe für Investitionen haben zu oft knappen Ressourcen fehlgeleitet (in Planung und Durchführung)
- die verfallene Infrastruktur zieht enorme Investitionsbedarfe nach sich
- die Kommunen in Ostdeutschland sind mit vielfältigen Aufgaben konfrontiert, die es in Westdeutschland so nicht oder überhaupt nicht gibt (Ämter für offene Vermögensfragen, Ausmaß der sozialen Dienste etc.)
- der aus der Zeit der DDR-Kommunalverwaltung stammende Personalüberhang konnte nur allmählich abgebaut werden.

Das bestehende Gemeindefinanzsystem wäre mindestens in Westdeutschland dann funktionsfähiger und damit weitgehend ausreichend für die kommunalen Belange, wenn gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Risiken nicht kommunal, sondern vom Bund und den Ländern übernommen und finanziell getragen würden.

Voraussetzungen

Der erste richtige Schritt zur Entlastung der Kommunen ist die Einführung der Pflegeversicherung. Über die sich daraus in den nächsten Jahren ergebende Entlastung besteht heute noch Unsicherheit. Der Versuch der Länder, über die Neugestaltung des Finanzausgleichs oder Kürzung der

Schlüsselzuweisungen die dadurch frei werdenden Mittel von den Kommunen abzuziehen oder durch eine übertriebene Neubestimmung der Pflegestandards höhere Kosten zu verursachen, muß abgewehrt werden.

Das im September 1994 geänderte Grundgesetz enthält jetzt in Artikel 28 Absatz 2 folgenden Zusatz: "Die kommunale Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung." Dieses Verfassungsgebot muß eine neue gesetzliche Regelung in der Finanzverfassung auslösen, in der Sorge dafür getragen wird, daß die genannte Zielsetzung materiell ausgefüllt wird.

Die Forderung, daß die Bundesebene, die durch Gesetze kommunal zu erledigende Aufgaben bestimmt, auch für deren Finanzierung zu sorgen hat (Konnexitätsprinzip), gilt natürlich auch für die Länder, auch wenn es sich dabei - im einzelnen jedenfalls - nicht um derartig riesige Beträge wie bei der Sozialhilfe handelt.

Zweiter wichtiger Gesichtspunkt für finanzpolitische Veränderungen in der Kommunalpolitik ist, in Zukunft transparent zu machen, was kommunale Leistungen sind und tatsächlich kosten und wie viel, aber auch wie wenig häufig von den Gemeinden aus verschiedenen Gründen dafür einverlangt wird. Die weit verbreitete Einschätzung, daß Politik sich nur durch Mehr und Besser darstellen und vermitteln könne, ließe sich vielleicht durchbrechen, wenn die Leistungs- und Kostenzusammenhänge den kommunalen Entscheidungsträgern, den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft klargemacht werden.

Unter den genannten Voraussetzungen - also insbesondere den geschilderten Ausgabenentlastungen - könnte das bestehende kommunale Finanzsystem für Westdeutschland als weiterhin tauglich angesehen werden. Für Ostdeutschland gilt dies nur insofern, als unterstellt werden kann, daß die Steuerkraft der Gemeinden dort im Laufe des wirtschaftlichen Aufbaus eine ähnliche Größenordnung erreichen wird wie in Westdeutschland. Solange dies nicht der Fall ist, wird das ab 1995 geltende Zuweisungs- und Finanzausgleichssystem nicht dazu beitragen, daß in den Städten, Gemeinden und Kreisen Ostdeutschlands Kommunalpolitik im Sinne gestaltender Selbstverwaltung stattfindet. Vielmehr besteht die Gefahr, daß dies auf absehbare Zeit nicht der Fall sein wird.

Die bisherigen Bezugsgrößen für kommunale Besteuerung beziehungsweise Beteiligung an Verbundsteuern sind im wesentlichen:

- Kapital und Ertrag von Wirtschaftsunternehmen und eines Teils der Gewerbetreibenden
- die Nutzung von Grund und Boden
- das Einkommen der Wohnbürgerschaft.

In Zukunft müssen diese Tatbestände, allerdings in aktualisierter und modernisierter Form, weiterhin als Besteuerungsgrundlage dienen. Die Verteilung des Aufkommens aus Verbundsteuern (Einkommensteuer) muß im Sinne eines verbesserten Ausgleich nur geregelt werden. Darüber hinaus müssen, zumindest aus ordnungspolitischen Gründen, zusätzliche Tatbestände in die kommunale Steuerverantwortung, die zwar hauptsächlich lenkende Funktionen haben, aber anfänglich doch mit einem erheblichen Finanzaufkommen verbunden sind. Dazu zählen alle Aufgaben, die die Umweltbelastung reduzieren. In diesem Sinne steht dann auch der örtliche Individualverkehr und alles damit Zusammenhängende zur Debatte.

Forderungen:

Der Vorstand der Bundes-SGK fordert vor diesem Hintergrund:

Ziel einer Gemeindefinanzreform ist es, die kommunale Autonomie (kommunale Selbstverwaltung) durch Verbesserung der kommunal zu verantwortenden Einnahmen und durch Entlastung von Fremdlasten zu stärken. Dieses Ziel wird durch Stärkung und Modernisierung der kommunalen Steuerkraft besser erreicht werden als durch Erhöhung oder Neueinführung kommunaler Anteile an Verbundsteuern. (Hiervon sind die Ersatzmittel des Fonds Deutsche Einheit nicht betroffen, die den neuen Ländern ab 1995 im Rahmen des neuen Länderfinanzausgleichs zufließen. Diese Mittel werden von den Kommunen der alten Länder zu 40 Prozent aufgebracht und müssen daher in vollem Umfang an die Kommunen der neuen Länder weitergereicht werden.) Kommunale Verantwortung für

den Großteil der eigenen Einnahmen erhöht auch die Chance, daß die kommunalen Körperschaften das ihnen anvertraute Geld im Interesse der Bürger sorgfältig und sparsam einsetzen. Das Übermaß an Zweckzuweisungen reduziert die kommunale Eigenverantwortung. Die Durchsetzung dieser Prinzipien wird mittel- und langfristig den finanziellen Aufwand der Gemeinden vermindern und damit den öffentlichen Sektor effizienter machen und daher den Bürgern nützen.

Eckpunkte einer im Rahmen der anstehenden Neukonstruktion der Finanzverfassung (Bund, Länder, Kommunen) in der nächsten Legislaturperiode vorzunehmenden Reform des Gemeindefinanzsystems müssen sein:

- I. Übernahme aller Fremdlasten, die die Kommunen haben, durch die Bund und die Länder (unter anderem Pflege und Dauerarbeitslosigkeit, Wahrnehmung staatlicher Aufgaben im Auftrag der Länder ohne Finanzausgleich).
- II. Bei Übertragung von staatlichen Aufgaben auf die Kommunen deren gleichzeitige Ausstattung mit ausreichenden Finanzmitteln (Konnexitätsprinzip).
- III. Generell sollte den Gemeinden bei der Anwendung von Standards ein größerer Ermessensspielraum eingeräumt werden.
- IV. Kommunale Steuern beziehungsweise kommunale Anteile an Verbundsteuern sind zu modernisieren. Das heißt:
 1. Die Steuerbemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muß im Hinblick auf ihre Ergiebigkeit und Stetigkeit verbreitert und verändert werden (Revitalisierung der Gewerbesteuer).
 2. Die Grundsteuer muß durch Einführung einer zeitnahen Bewertung und der Möglichkeit, gebietsbezogene (zonierte) Steuerhebesätze anzuwenden, modernisiert werden.
 3. Aufgaben und Steuern auf umweltpolitische Tatbestände müssen möglich gemacht werden.
 4. Die Verteilung des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer muß mit der Zielsetzung neu geordnet werden, strukturschwache Kommunen besser zu stellen.

Würden diese Forderungen erfüllt, wären die Kommunen zum einen grundsätzlich entlastet und zum anderen vor allem aus einer finanzpolitischen Ausgabendynamik, die sie selbst nicht verantworten können, befreit.

Weit überdurchschnittliche Zuwächse zum Beispiel im Sozialhilfebereich können nicht weiter zu Lasten der im Durchschnitt konjunkturell verlaufenden Einnahmen der Kommunen gehen. Sollten sich nach der Einführung dieser Maßnahmen einer Gemeindefinanzreform in Zukunft nicht nur Entlastungen, sondern erhebliche Überschüsse auf der kommunalen Seite ergeben, ließen sich die Kommunen mit einer sogenannten Interessenquote am gesamtstaatlichen Finanzausgleich beteiligen.

Insgesamt muß es Ziel einer Gemeindefinanzreform sein, die kommunale Ebene zu stärken. Der Vorstand der Bundes-SGK vertritt darum die Auffassung, daß im Falle einer möglichen und nicht abweisbaren Unternehmenssteuerreform, die auch von der SPD unterstützt würde, die Gewerbesteuer nicht berührt werden darf. Vielmehr ist diese umzugestalten, wie in diesem Beschluß vorgeschlagen wird.

Eine im Ergebnis aufkommensneutrale, aber qualitativ veränderte Gewerbesteuer würde die jetzt noch belasteten Unternehmen teillasten, weil sowohl die zu steuernden Tatbestände wie auch der Kreis der zu Besteuernden erweitert würden.

Das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Kommune würde auf diese Weise noch stärker geknüpft werden als bisher, was im Interesse der Wirtschaft selbst, aber auch der Kommune und ihrer Bürgerinnen und Bürger ist.

(-/28. Februar 1994/rs/fr)
